

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/39

26. Februar 1974

Frankfurt als Alarmsignal

Es gibt nur eine Antwort: Absege an die Gewalt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesminister

Seite 1 / 38 Zeilen

Letzte Chance für Europas Forschung

Trotz Millionen-Einsatz praktisch keine Ergebnisse

Von Gerhard Flämig MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 2 und 3 / 61 Zeilen

Heimvolkshochschule für Europa

Ein geistiges Zentrum für Europas Jugend gefordert

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Bokert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenheim 1, Zimmer 217-224

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Frankfurt als Alarmsignal

Es gibt nur eine Antwort: Absage an die Gewalt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesminister

Es ist nicht zu leugnen: Die Frankfurter Vorgänge am vergangenen Wochenende waren ein Alarmzeichen. Dort ist es nicht am Rande einer friedlichen Demonstration zu vereinzeltet Auseinandersetzungen gekommen, dort ist handfester Terror ausgeübt worden. Dort waren keine Revolutionsschauspieler am Werk, sondern Rechtsbrecher, die ganz offenbar entschlossen sind, unsere Staatsordnung gewaltsam zu zerstören. Daß es dabei nicht eine größere Anzahl von Toten gab, ist offensichtlich nur der Besonnenheit der Polizeibeamten zu verdanken, die selbst in klaren Notwehrlagen auf den Waffengebrauch verzichteten.

Für derartige gewaltsame Ausschreitungen können Mißstände des geltenden Bodenrechts oder seiner Handhabung auch nicht mehr den Schein einer Rechtfertigung liefern. Hier gibt es nur eine Antwort: Die klare Absage an die Gewalt, eine klare Solidarisierung mit den Polizeibeamten, die unter schwierigsten Umständen ihre Pflicht getan haben, und das Vertrauen in die Justiz, daß sie dem Gesetz in rechtsstaatlicher Weise Geltung verschaffen und die Gewalttäter mit dem gleichen Maßstab messen wird, mit dem andere gefährliche Straftaten gemessen werden.

Es ist zu begrüßen, daß die hessische Landesregierung und der Frankfurter Magistrat mit Oberbürgermeister Rudi Arndt an der Spitze ebenso schnell wie eindeutig reagiert haben. Das ist der Lage angemessen und nimmt parteipolitischen Sonderkampagnen, wie sie schon gestartet worden sind, den Wind aus den Segeln. Unverständlich ist jedoch, daß einzelne Mitglieder der SPD in dieser Lage die Abarufung des Polizeipräsidenten fordern und sich gegen diejenigen stellen, die sich für unseren Staat engagieren. Hier wird die sogenannte Konfliktstrategie geradezu pervertiert und im Ergebnis Kräfte Mut gemacht, die zu den erbittertesten Gegnern des Rechtsstaates und des demokratischen Sozialismus zählen.

Die SPD wird ernsthaft zu prüfen haben, wie lange sie mit denen, die diese Zusammenhänge nicht sehen wollen, oder wider besseres Wissen leugnen, noch diskutieren will. Es gibt eine Grenze der Glaubwürdigkeit, die man nicht ungestraft auf die Dauer überschreiten kann. (-/26.2.1974/ka/ee)

+ + +

Letzte Chance für Europas Forschung

Trotz Millionen-Einsatz praktisch keine Ergebnisse

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Was ist bloß in Ispra los? Diese Frage stellen sich nicht nur die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, wenn sie hinunter schauen zum Lago Maggiore, wo die Gemeinsame Forschungseinrichtung (GFS) der Europäischen Gemeinschaften ihr größtes Forschungszentrum besitzt. Jahrelang hatten die rund 2.000 Wissenschaftler, Techniker und Verwaltungsfachleute dieser GFS auf ein gemeinsames Forschungsprogramm gedrängt. Seit das Milliardenprojekt des sogenannten "Orgel"-Kernreaktors am Desinteresse der zuständigen Industrie gescheitert war, schienen Fleitgeier über den stillgelegten Reaktoreinrichtungen, den Forschungslabors und dem frustrierten Personal zu kreisen.

Im Frühjahr 1973 sollte sich das ändern. Optimismus wehte durch die Labors und Forschungsstätten. Was kaum ein Beobachter der Europäischen Gemeinschaft noch für möglich gehalten hatte, das geschah. Der Ministerrat einigte sich auf ein Vierjahres-Forschungsprogramm. Auf Vorschlag der Kommission und mit Billigung des Europäischen Parlaments bewilligten die Mitgliedsregierungen die Mittel für ein mittelfristiges Forschungsprogramm auch auf nichtnuklearem Gebiet. Neue Perspektiven eröffneten sich für die Europa-Wissenschaftler, die dereinst in die EG-Zentren gezogen waren, um auf ihre Weise beizutragen am Aufbau einer funktionierenden Europäischen Gemeinschaft. Forschungen und Entwicklungen auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit sollten ergänzt werden durch Aktivitäten auf Gebieten wie Umweltschutz, Entwicklung neuer Brenn- und Treibstoffe, speziell des Wasserstoffes, Nutzung der Sonnenenergie, Wiederverwendung und Wiederaufarbeitung von Abfallstoffen und anderes mehr.

Das Geld stand, wie gesagt, zur Verfügung. Die Fachleute hielten das mittelfristige Forschungsprogramm des EG-Kommissars Dahrendorf für einen trag-

baren Kompromiß. Die Gemeinschaftseuropäer warteten gespannt darauf, daß sich neues Leben in der schon tot gesagten Gemeinsamen Forschungsstelle regte.

Inzwischen sind mehr als neun Monate ins Land gegangen. Doch aus der GFS in Iapra ist noch nicht viel Positives zu hören. Dort soll es ab und zu beim Personal rumoren, vor allem unter den nichtbeamteten örtlichen, zumeist italienischen Arbeitskräften. Ein ander Mal munkelt man von Protestversammlungen betroffener Wissenschaftler.

Doch das ist alles nichts Neues. Das ist man seit Jahren gewohnt. Neu ist, daß trotz Programm und trotz Geldmitteln die Arbeiten nicht anlaufen wollen. Wird da Sand ins Getriebe geschüttet? Wird gar sabotiert? In Brüssel geht z.B. das Gerücht um, daß sich ein Forscherteam habe an die Arbeit begeben wollen, sonderbarerweise aber sei im seit Jahren auf Sparflamme brennenden Großforschungszentrum Iapra kein Laborraum zur Verfügung gewesen. Die Gewerkschaften der in der GFS organisierten Wissenschaftler, Techniker und Hilfskräfte glauben, Beweis in der Hand zu haben, daß es jetzt an Entscheidungs- und Initiativkräften mangelt. Führungskräfte der GFS sind reihenweise ausgeschieden, obwohl sie Beamte waren; sie haben die vorzeitige Pensionierung auf dem Wege des "Volontariats" in Anspruch genommen. Sonderbarerweise ist es anscheinend nicht gelungen, diese Vakanzen durch Umorganisationen zu beseitigen. Es sieht ganz so aus, als hinge alles jetzt am Management oder, besser gesagt, am fehlenden Management.

Das ist schlimm und das kann für die Gemeinsame Forschungsstelle tödlich sein. Gegen den Rat vieler Fachleute, auch aus der Wirtschaft Europas, hatten die Regierungen der Mitgliedsländer im vergangenen Jahr noch einmal Forschungsmillionen bereitgestellt. Die GFS in Iapra, Karlsruhe, Geel und Petten sollten noch einmal ihre Chance haben. Es dürfte die letzte sein. Wenn sich jetzt nichts regt, wenn auf dem Gebiete der neuen Technologien der Ball nicht aufgegriffen wird, dann wird kein Ministerrat mehr bereit sein, auch nur einen Dollar für diese Zwecke bereitzustellen.

Das Europäische Parlament drängt seinerseits die Kommission. Das Dahinsiechen einer seinerzeit mit soviel Hoffnungen errichteten Gemeinschafts Einrichtung würde auf die politische Situation der Europäischen Gemeinschaft passen, wie die sprichwörtliche Faust aufs Auge. Wer Kommissar Dehrendorf kennt, der weiß, daß er nicht zu denen zählt, die vorzeitig die Flinte ins Korn werfen. Es ist jetzt seine Aufgabe, das Schwungrad der GFS beschleunigt in Gang zu setzen. Aber diese letzte Chance darf nicht vertan werden!

(-/26.2.1974/ka/ea)

+ + +

Heimvolkshochschule für Europa

Ein geistiges Zentrum für Europas Jugend gefordert

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Das Projekt der Errichtung einer europäischen Heimvolkshochschule, das - ohne Studenten und Gymnasialabsolventen auszuschließen - insbesondere der politischen Bildung der nichtakademischen Jugend Europas dienen soll, zählt zu den Forderungen des Europäischen Parlaments bei der Verwirklichung einer Jugend- und Bildungspolitik im Bereich der Europäischen Gemeinschaft. In drei der Mitgliedstaaten sind bisher Heimvolkshochschulen nicht bekannt. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen mehrere Dutzend solcher Institutionen der freien Erwachsenenbildung und der politischen Bildung. Auch in den Niederlanden und in Belgien sind derartige Institutionen vorhanden. Die eigentliche Heimat der Heimvolkshochschulen für die freie Erwachsenenbildung ist Dänemark und darüber hinaus ganz Skandinavien, wo sie in schon über hundertjähriger Arbeit zur Hebung des Gesamtniveaus des politischen Lebens und zur Verankerung der Demokratie in den breiten Bevölkerungsmassen beigetragen haben.

Für Europa hätte ein solches Institut große Vorteile. Es wäre als Internatabetrieb eine Stätte der Begegnung, in der Jugendliche zwischen etwa 18 und 25 Jahren zusammenkommen und einander in geistiger Atmosphäre, also nicht nur in Urlaubsstimmung wie bei so vielen anderen Austauschvorhaben, kennenlernen können. Es wäre Gelegenheit, bei einem Bildungsurlaub aus dem Alltags herauszukommen, sich mit der geistigen Weiterentwicklung zu beschäftigen, Sprachen zu lernen und vor allem die Probleme und die Chancen zu studieren, die sich aus der europäischen Einigung für die junge Generation ergeben.

Diejenigen, die mit diesem Typ der freien Erwachsenenbildung, der dem Bildungsbedürfnis der Besten aus allen Schichten der Bevölkerung entspricht,

nicht vertraut sind, stellen oft die Frage: Was kann man eigentlich werden, wenn man eine solche Schule besucht? Hierauf wurde von einem führenden Vertreter der skandinavischen Volkshochschulen die Antwort gegeben: Man kann zum Beispiel Bürgermeister werden oder Abgeordneter oder Minister!

Wenn man das Projekt einer solchen Heimvolkshochschule in den Gesamtzusammenhang einer beginnenden Jugend- und Bildungspolitik der Gemeinschaft stellt, dann kann es als eine der sofort realisierbaren und ohne Verzug wirkenden Maßnahme gesehen werden. Auch hierin ergibt sich eine gewisse Paralleltät zu dem, was die Gemeinschaft mit der europäischen Universität zu schaffen im Begriff ist. Hier wie da besteht die Aufgabe, das allgemeine Unterrichtswesen zu "europäisieren", d.h. europäisches Denken in den Unterricht einzufügen, die Sprachkenntnisse zu fördern, die Lehrbücher zu bereinigen, die Verhältnisse in den Nachbarländern eingehender zu studieren als bisher, Lehrkräfte und Studenten auszutauschen und vieles anderes mehr. Alles das muß tatkräftig in Angriff genommen werden. Ein Erfolg kann aber wohl nur in einem sehr langsamen, langwierigen und langdauernden Prozeß sichtbar werden. Die Veränderungen auf diesem Gebiet sind sogar schon im Gange und brauchen von der Gemeinschaft nur unterstützt und gefördert werden. Aber diese Entwicklungen sind für die Öffentlichkeit fast unsichtbar und fast unmerkbar.

Eine europäische Universität und eine europäische Heimvolkshochschule würden ja auf ihrem Gebiet sofortige Resultate zeitigen. Es ist deshalb gut, wenn man neben allen langfristigen Unternehmungen einige sofort wirkende Projekte in Gang setzt. Vielleicht kann man sagen, daß jede Epoche ihre neuen Unterrichtsmaßnahmen braucht; es wäre nicht verwunderlich, wenn sich eine politische und europäische Heimvolkshochschule als die Unterrichtsanstalt der Epoche der europäischen Einigung erweisen würde. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sollten die Initiative zur Errichtung eines ersten solchen Institutes ergreifen und sollten ihm die notwendige Freiheit des Lehrens und Lernens zugestehen. Vielleicht werden dann weitere derartige Institute überall in Europa entstehen, zum Beispiel jeweils auf Initiative zweier oder mehrerer Gemeinden, die einen europäischen Partnerschaftsvertrag geschlossen haben.

Ein solches Institut könnte sehr bald eine große europäische Ausstrahlungskraft erlangen und zu einem geistigen Zentrum der Jugend Europas werden.
(-/26.2.1974/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert